

# Gewerkschaft liche Monatshefte 1'82

---

## Stichwort: Krisenbekämpfung

---

Heinz O. Vetter: Gewerkschaftliche Konzepte stehen bereit -  
gemeinsames Handeln tut not\*

---

Die Zeiten, in denen alles nur größer und schöner werden konnte, sind vorbei. Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen lasten schwer auf denjenigen, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. Wenn dann noch offensichtlich wird, daß die Lasten dieser Wirtschaftskrise fast ausschließlich auf den Rücken des kleinen Mannes abgewälzt werden, dann sind Bitterkeit und manchmal auch Verzweiflung verständlich.

Besonders rigoros gehen zur Zeit die öffentlichen Arbeitgeber vor. Den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst wird in den Sparpaketen von Bund und Ländern übel mitgespielt. Der öffentliche Dienst kann auf die Solidarität der Gewerkschafter, der Arbeitnehmer unseres Landes bauen, wenn es darum geht, die unsozialen Folgen dieser Sparpolitik zu verhindern!

Allein wenn ich mir den neuen Sparkatalog ansehe, der im Dezember den Vermittlungsausschuß und das Parlament passiert hat, dann kann ich nur feststellen: Der Staat vergreift sich an den Ärmsten! Ich weiß nicht, wo die soziale Ausgewogenheit geblieben ist, wenn zusätzlich 700 Millionen DM bei Alten, Behinderten, Blinden, Arbeitslosen, Schwangeren, Auszubildenden und Studenten gespart werden.

---

\*Stark gekürzte Fassung der Ansprache des DGB-Vorsitzenden auf dem Neujahrsempfang des DGB-Kreises Frankfurt/M. am 9. Januar 1982

Seit mehr als sechs Jahren leidet unsere Gesellschaft, leiden vor allem die Arbeitnehmer und ihre Familien unter einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosenzahlen streben immer neuen Rekordmarken entgegen. Viel schneller als erwartet, haben wir die 1,5-Millionen-Grenze erreicht und überschritten. In diesem Spiel ist nichts ungleicher verteilt als die Risiken, die die Unternehmer immer wie eine Monstranz vor sich hertragen. Ich habe noch keinen Topmanager auf dem Flur des Arbeitsamtes sitzen gesehen, nachdem er die Entwicklung verschlafen hat. Ich höre immer nur von Betriebsstillegungen und Massenentlassungen! Die Entwicklung verschlafen zu haben, darunter verstehe ich auch, daß zu viele deutsche Unternehmer über viele Jahre hinweg fast ausschließlich auf Prozeßinnovation, das heißt, auf Rationalisierung gesetzt und die Produktinnovation, das heißt, die Entwicklung neuer Produkte sträflich vernachlässigt haben. Hier sind schwere Versäumnisse festzustellen, hier haben Weitblick und Phantasie gefehlt.

Es ist bemerkenswert, daß nicht selten Betriebsräte und Arbeitnehmer sich Gedanken machen, wie die Qualitäten, die Erfahrung, Initiative und das Verantwortungsbewußtsein der Belegschaften für bessere und neue Produkte eingesetzt werden könnten. Aus der Not geboren - das gebe ich zu - machen hier viele Kollegen die Entdeckung, daß unternehmerisches Denken nicht an bestimmte Funktionen in der Hierarchie gebunden ist. Wir als Gewerkschaften sollten diesem Prozeß mehr Beachtung schenken und ihn aktiv fördern. Er ist gleichzeitig der beste Beleg für den Anspruch der Arbeitnehmer auf paritätische Mitbestimmung.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit kann und darf so nicht weitergehen. Wir Gewerkschafter werden jedenfalls nicht tatenlos zusehen, wie die Arbeitslosigkeit unsere Gesellschaft zerstört. Es muß Schluß sein mit der Verdrängung und Verharmlosung und mit banalen Vergleichen unseres Lebensstandards heute mit dem von 1978, auf den er angeblich zurückfällt.

Im vergangenen Jahr und auch schon in den wenigen Tagen des neuen Jahres sind manche Vorschläge zur Wirtschaftspolitik unterbreitet worden. Im wesentlichen laufen diese Vorschläge immer auf das Motto hinaus: Wir - und damit meint man vor allem die Arbeitnehmer - müssen den Gürtel enger schnallen. Es kann einem bei solchen Rezepten manchmal angst und bange werden, denn darauf können sich doch im Ernst die Handlungsmöglichkeiten eines Staates wie der Bundesrepublik Deutschland nicht beschränken! Wir können doch den Fatalismus nicht zur herrschenden Staats- und Gesellschaftsphilosophie machen! Deshalb haben wir allen Verantwortlichen - der Bundesregierung, den im Bundestag vertretenen Parteien, dem Bundesrat, dem Städtetag, der Bundesbank und den Arbeitgebervertretern - Gespräche angeboten, um gemeinsam Wege zu finden, die Beschäftigungs- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Dieses Angebot war auf unserer Seite mit der Bereitschaft verbunden, auch über Dinge zu sprechen, die uns wehtun könnten. Das

heißt, wir sind zu dem Vertrauensvorschuß bereit, und haben ihn schon bewiesen. Aber dies setzt auf der anderen Seite auch die Bereitschaft zu Zugeständnissen voraus. Hierzu gehört insbesondere, daß die Bundesregierung ihre überzogene Sparpolitik korrigiert, daß die Bundesbank ihre Zinsen senkt, daß die Arbeitgeber an der Preisfront Mäßigung zeigen und daß die Arbeitgeber alles unternehmen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich bin in der gegenwärtigen Lage gegen die Streichung von Planstellen im öffentlichen Dienst, gleich auf welcher Ebene! Denn das ist kein Weg, den strapazierten Arbeitsmarkt zu entlasten. Der Ausbau des öffentlichen Dienstes hat die Haushaltskrise nicht verursacht. An dieser Einsicht wird auch jene Presse nichts ändern, die seit Jahr und Tag der Öffentlichkeit einzureden versucht, der öffentliche Dienst sei der überflüssige Kropf am Hals unserer sonst gesunden Wirtschaft.

Aus der nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung können wir vielmehr nur einen Schluß ziehen: Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor einbezieht. Wir verlangen ein gezieltes und kontrollierbares Beschäftigungsprogramm, denn gerade in Zeiten knapper Geldmittel muß sichergestellt sein, daß mit staatlichen Ausgaben auch wirklich Arbeitsplätze geschaffen werden. Es sollte nicht umsonst gewesen sein, worum wir zu Beginn der 70er Jahre theoretisch und programmatisch gerungen haben. Dazu gehört allerdings gerade heute ein gewisser Mut, die beherrschenden Themen der 70er Jahre wieder aufzunehmen: vorausschauende Strukturpolitik und Investitionslenkung. Es ist fahrlässig und abenteuerlich, die Gestaltungsfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in Abrede zu stellen, sich praktisch freiwillig von der Wirtschaftspolitik zu verabschieden.

Ebenso unverständlich ist es, wenn die Bundesregierung sich freiwillig von der aktiven Arbeitsmarktpolitik verabschiedet. Ein entscheidender Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist und bleibt die hohe Qualifikation der Arbeitnehmer. Insofern sind die Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit, die die berufliche Bildung besonders hart treffen, geradezu wettbewerbs-schädigend. Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen.

Wir sind bereit, unseren Teil der Verantwortung zu tragen. Aber wir - die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften - müssen auch in die Lage versetzt werden, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mitgestalten zu können. Dies ist, dies sollte so selbstverständlich sein, wie es vielen Politikern so leicht von den Lippen geht. In Wahrheit ist dies keineswegs selbstverständlich! Einerseits ist unser Kampf um die Ausweitung der Mitbestimmung und der kollektiven Arbeitnehmerrechte nicht ohne Erfolg geblieben. Andererseits haben wir erleben müssen, daß unsere Erfolge dort, wo dies unseren Gegnern opportun und möglich erschien, auch angegriffen, bekämpft und wieder beseitigt wurden.

Die Montanmitbestimmung wurde uns nach dem Krieg von den Arbeitgebern freiwillig zugestanden, weil die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften die einzige handlungsfähige Kraft in jener Zeit waren. Dieselbe Mitbestimmung mußten wir gegen die wirtschaftsliberalen Vorstellungen der ersten Bundesregierung mit einer äußersten Kraftanstrengung gesetzlich verankern. Nunmehr müssen wir erleben, wie die Montanmitbestimmung nach der bewährten Salamtaktik Scheibe für Scheibe demontiert wird. Die Arbeitgeber und ihre politischen Freunde haben den Hebel immer wieder neu angesetzt, um diese Mitbestimmung aus den Angeln zu heben. Mit der Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976, mit der sie auf etwas ganz anderes zielten: auf den endgültigen Todesstoß für die qualifizierte Mitbestimmung. Ich verweise auf den Versuch von Mannesmann, durch ein gesellschaftsrechtliches Schlupfloch einen Konzern aus der Mitbestimmung herauszuführen, dessen Belegschaft die Größe einer ansehnlichen deutschen Kleinstadt aufweist. Das Ergebnis davon ist das Mitbestimmungsänderungsgesetz von 1981, das nach genau 30 Jahren das schrittweise Ende der Montanmitbestimmung vorprogrammiert.

Ich ziehe daraus den Schluß, daß wir mit dem Rücken an der Wand stehen. Der Grundkonsensus der Verfassungsväter, der von allen wichtigen politischen Kräften und gesellschaftlichen Gruppen der Nachkriegszeit mitgetragen wurde und der Bestandteil unseres Grundgesetzes ist, wurde von den Arbeitgebern einseitig aufgekündigt. Sie möchten den Gewerkschaften vor aller Öffentlichkeit eine Mitverantwortung, wenn nicht gar die Hauptverantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung aufbürden. Gleichzeitig aber lassen sie keine Gelegenheit ungenutzt, uns aus den eigentlichen Entscheidungsprozessen herauszudrängen.

Dies ist eine Kampfansage, die wir annehmen werden! Wir sind entschlossen, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Mitbestimmung wieder in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Reformforderungen zu stellen. Es geht darum, allen Beteiligten vor Augen zu führen, daß die Mitbestimmung ein großartiges Angebot der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften an diese Gesellschaft ist. Es geht darum, unserer Bevölkerung klarzumachen, daß wir einen verantwortlichen und praktikablen Weg zwischen einem schrankenlosen Kapitalismus und dem sogenannten realen Sozialismus anzubieten haben.

Ich möchte nicht zum Schluß kommen ohne die Feststellung, daß zu dieser Stunde in einem europäischen Land, in Polen, Gewerkschaftsfunktionäre im Gefängnis sitzen, die vom Vertrauen ihrer Kollegen getragen sind. Wir, die wir wissen, was es heißt, wenn eine Gewerkschaftsbewegung ausgeschaltet wird, haben die moralische und politische Pflicht, unsere Betroffenheit zu zeigen. Der DGB und seine Gewerkschaften verurteilen die durch den Militärrat gegen die Bevölkerung und gegen die junge Gewerkschaft Solidarität beschlossenen Maßnahmen. Wir ste-

hen voll hinter den polnischen Kollegen und wir lassen es nicht zu, daß man ihnen die Schuld an der heutigen Situation zuschiebt. Die Streiks in Polen waren die Folge der Mißstände und Mängel des dortigen Systems, nicht ihre Ursache. Mit der Auflösung der Gewerkschaften und der Verhaftung von tausenden von Arbeitern werden die Probleme weder in Polen noch in den Militärdiktaturen Lateinamerikas gelöst.

Aber in jener Nacht im Dezember wurden nicht nur Gewerkschafter und Demonstranten geschlagen, in dieser Nacht sind die Hoffnungen der Polen und der Welt vernichtet worden, daß der Reformwille eine freie Gesellschaft herbeiführen werde.

Entschiedene Verurteilung der Unterdrückungsmaßnahmen in Polen, solidarische Unterstützung der Gewerkschaften, humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung - dies sind die Marksteine unserer Politik für Polen. Überreaktionen führen in der jetzigen Situation nicht weiter. Voreilig ausgesprochene Sanktionen werden der verfolgten und leidenden Bevölkerung auch nicht helfen.